Keine Abschaffung der Polizei im Kapitalismus

Viele derjenigen, die sich für die Abschaffung der Polizei einsetzen, verstehen die Polizei als ein Instrument, um rassistische und sozial ungerechte Verhältnisse aufrecht zu erhalten. Oft fehlt aber die Erkenntnis, dass dieses Verhältnis auch andersherum besteht. Die Verhältnisse im Kapitalismus bringen die Polizei ihrerseits hervor und machen sie erforderlich – samt ihrer Gewaltorgien, samt ihres Rassismus, ja selbst samt der Faschist:innen, die sich in ihr sammeln.

Solange wir im Kapitalismus leben, werden die in diesem System herrschenden Menschen nicht auf Institutionen verzichten können, die Ruhe und Ordnung in ihrem Sinne bewahren. Abhängige Länder in Südamerika oder Asien, in denen weniger staatliche Mittel für die Sicherheitsbehörden investiert werden, sind genau deshalb dann oft davon geprägt, dass Unternehmer:innen sich Privatarmeen aus Söldner:innen oder Sicherheitsdiensten zusammen stellen.

Von heute auf morgen auf jede Art von Gesetzen zu verzichten ist ohnehin eine nicht umsetzbare Utopie, unter der als erstes wir Arbeiter:innen selbst leiden würden. Armut, Rassismus und Unterdrückung aufgrund des Geschlechts werden selbst nach der Überwindung des Kapitalismus noch lange in unseren Köpfen fortleben. An die Stelle der Polizei, die ein Unterdrückungsinstrument ist, kann dann aber eine Institution treten, mit der die Menschen die Einhaltung ihrer eigenen Regeln sicherstellen und die demokratisch kontrolliert wird.

PERSPEKTIVE» ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

www.perspektive-online.net

fb.com/PerspektiveOn
t.me/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline

V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Kalk-Mülheimer-Str 124
51103 Köln

PERSPEKTIVE» MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer *01511 6991583* einen Kontakt anlegen.

2. Nachricht per Whatsapp oder Telegram mit „Start“ schicken.

3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf‘s Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unsere Projekte umzusetzen und dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- Verteilen Sie selbst die Printausgabe von „Perspektive“ *perspektive-online.net/abo/*
- Schicken Sie uns Ihre eigenen Nachrichten, Berichte, Artikel und Kommentare. *info@perspektive-online.net*
- Werden Sie Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“ *perspektive-online.net/verein/*
- Unterstützen Sie uns mit einer Spende. *perspektive-online.net/spenden/*

Foto 1: Probleme in der Pflege – ein unterbetontes Problem |„UmCare - Strategiekonferenz Pflege und G“ (CC BY 2.0) by rosalux-stiftung
Foto 2: Roter Stern Duisburg
Foto 3: twitter megathy
Foto 4: By blu-news.org - Polizei Einsatz HelmUploaded by indeedous, CC BY-SA 2.0

PERSPEKTIVE»
Zeitung für Solidarität und Widerstand

Perspektive Nr. 44 | November 2020 www.perspektive-online.net

Gerade in der Krise müssen wir für unsere Interessen kämpfen!

-Von Kevin Hoffman -

In jeder Wirtschaftskrise beginnen die Diskussionen von neuem und in der aktuellen Pandemie-Situation werden sie um so emotionaler und schärfer geführt. Sitzen wir alle im selben Boot? Müssen wir nun alle den Gürtel enger schnallen und auf einen Teil unserer Rechte und Interessen verzichten? Wir sagen Nein!

Wir sitzen nicht im selben Boot! Die Diskussion darüber, ob alle Menschen im „selben Boot“ sitzen und daher letztendlich die selben Interessen haben, ist so alt, wie sie falsch ist. Wie können Multimillionär:innen und Milliardär:innen wie Clemens Tönnies und Susanne Klatten die selben Interessen wie der Supermarktkassierer oder die Pflegerin im Krankenhaus oder Altenheim haben? Genau, gar nicht!

Während die einen danach streben, ihr Vermögen weiter ins Unermessliche zu steigern, sind die anderen froh wenn sie irgendwie über die Runden kommen und am Ende des Monats noch etwas Geld übrig ist, das man für Notfälle oder den kommenden Jahresurlaub zur Seite legen kann.

Wer hier gemeinsame Interessen sieht, sollte mal zur Augenärztin gehen! Die Interessen der Fabrikbesitzer:innen, der Manager:innen und ebenso eines großteils der Politiker:innen im Bundestag ist aufgrund ihrer Klassenlage und dem damit zusammenhängenden Streben nach immer größerem Reichtum vollkommen entgegengesetzt zu den unsrigen, denn sie leben von unserer Arbeit.

Gerade in der Krise kämpfen!

So werden wir niemals gemeinsame Interessen haben und weder vor, in, noch nach der Krise im „selben Boot“ sitzen. Warum sollten wir dann in der Krise nicht für unsere Interessen und Rechte kämpfen? Warum sollten wir Einschnitte unseres sowieso schon niedrigen Lebensstandards hinnehmen, nur damit das gigantische Vermögen der Reichen nicht geschmälert wird?

Viele von uns verlieren durch die aktuelle Wirtschaftskrise und Einschränkungen der Coronapandemie ihren Job, werden in Kurzarbeit geschickt und unbezahlte Überstunden machen müssen. Das Vermögen der Kapitalist:innen ist in Deutschland um rund 20% gestiegen. Genau darum dürfen wir auch in der Krise nicht den Gürtel enger schnallen und nicht auf die Kämpfe für unsere Interessen und Rechte verzichten. Nutzen wir unsere Macht als Arbeiter:innen, unsere Stellung im Produktionsprozess und unsere gigantische Zahl. Wenn wir sie gemeinsam und entschlossen für unsere Interessen einsetzen, dann werden wir sie auch durchsetzen können.

Ärgern wir uns nicht über mögliche „Einschränkungen“ die ein Streik mit sich bringt, sondern über die Hartnäckigkeit der Kapitalist:innen, nicht auch nur ansatzweise das zu zahlen, was uns zusteht.

Unterstützen wir daher die aktuellen Streiks und Proteste rund um die Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst, im Reinigungsbereich und der Lebensmittelindustrie. Unterstützen wir die Kolleg:innen der Metall- und Autoindustrie die gegen Massenentlassungen von 100.000den Arbeiter:innen und Werksschließungen protestieren. Nur so können wir die Kapitalist:innen dazu zwingen für diese Krise zu zahlen, anstatt die Kosten auf uns abzuwälzen.

Wir lassen uns nicht spalten!

Ärgern wir uns nicht über mögliche „Einschränkungen“ die ein Streik mit sich bringt, sondern über die Hartnäckigkeit der Kapitalist:innen, nicht auch nur ansatzweise das zu zahlen, was uns zusteht. Treten wir allen Versuchen, uns als Klasse zu spalten und die verschiedenen Berufsgruppen oder Belegschaften verschiedener Firmen und Standorte gegeneinander auszuspielen, entgegen.

Denn wenn wir heute zum Beispiel solidarisch und entschlossen die Streikenden im Nahverkehr unterstützen, dann werden diese auch solidarisch an unserer Seite in anderen Kämpfen stehen.

Die Streiks und Arbeitskämpfe sind eben genau deshalb notwendig, wenn diese sich weigern auf unsere Forderungen einzugehen, um ihre Profite weiter zu unseren Lasten zu erhöhen. Der Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen ist in allen Branchen und jeder Zeit legitim.

Dabei können und sollten wir selbst die Kapitalist:innen zur Kasse zwingen, die in der Krise Verluste schreiben, schließlich sitzen sie auf einem gigantischen Vermögen, welches wir mit unserer Arbeit geschaffen haben. Holen wir zurück, was uns eigentlich sowieso zusteht!

Ist eine Welt ohne Polizei möglich?

- Von Paul Gerber -

Nicht endende wollende Skandale und Berichte über Polizeigewalt werfen die Fragen auf, wie Deutschland sein #Polizeiproblem lösen kann. In den USA wird bereits über die Abschaffung der Polizei diskutiert.

Die Presse wird momentan von einer Lawine aus Polizei-Skandalmeldungen geflutet: Nationalsozialistische Propaganda in Chatgruppen, rassistische Polizeigewalt, bei Polizeieinsätzen erschossene Menschen und nicht zuletzt, dass offenbar genug Polizist:innen nebenberuflich Nazis sind, um die Szene verlässlich mit persönlichen Daten ihrer politischen Gegner, Munition und Waffen zu versorgen.

Für Menschen, die schon in den letzten Jahren (zum Beispiel aufgrund ihres Aussehens), regelmäßig Opfer von Polizeigewalt wurden, ist das alles nicht überraschend. Die politische Diskussion um Konsequenzen bewegt sich hingegen in sehr engen Grenzen. Es geht darum, ob bei einer Untersuchung die Polizist:innen nur gefragt werden, ob sie rassistisch werden oder auch ihre Arbeit konkret untersucht wird und darum, ob man im ganzen Staat oder speziell in der Polizei nach Faschist:innen suchen muss.

Polizei abschaffen – geht das?

In anderen Ländern ist die Debatte deutlich weiter voran geschritten. Zum Beispiel in den USA, wo Polizist:innen schon seit Jahren machen, wovon ihre rassistischen Kolleg:innen in Deutschland oft noch träumen – nämlich täglich Menschen erschießen und häufig ungeschoren davon kommen.

Dort wird über ernsthafte Reformen der Polizei bis hin zu ihrer Auflösung diskutiert: In Parlamenten, Talkshows, Zeitungen und – am wichtigsten – auf der Straße. Die Proteste der Black Lives Matter Bewegung haben dieser Diskussion eine enorme Dringlichkeit verliehen und sie in die ganze Gesellschaft getragen. Auf den Demonstrationen der letzten Monate war „Defund the Police!“ (dt. Kürzt den Polizeihaushalt!) eine der häufigsten Parolen.

Es gibt eine ziemlich breite Masse von Aktivist:innen, Journalist:innen und Akademiker:innen, die sich dafür einsetzen, dass die oft enorm hohen Mittel für die Einsätze der Polizei stattdessen in andere Einrichtungen wie zum Beispiel Sozialarbeiter gesteckt werden. Sie argumentieren, Polizeirepression und -gewalt seien letztlich nur eine Form der Symptombekämpfung für tiefer liegende gesellschaftliche Widersprüche.

Radikalere Teile der Bewegung in den USA gehen weiter: Sie fordern die Abschaffung der Polizei. Hierfür kursieren eine Vielzahl von Konzepten. Teilweise wird argumentiert, die Gesellschaft müsse ihre Probleme ganz ohne Polizei lösen. Teilweise wird die Ersetzung durch lokal von den Bürger:innen gebildeten Einheiten gefordert.